

(3. FEBR)



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/28 - 3. Februar 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 41831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Der Stand der Haushaltsberatungen 1959 Von H.G. Ritzel, MdB. Mitglied des Haushaltsausschusses	50
3	Lügenmaschine der SED Immer wieder: Das Märchen vom "Gesamtdeutschen Arbeiterkongress"	20
3	Adenauers Gefangene und die Konspiration der Intransigenz Zum Dulles-Besuch in London	49
4	"Zerstörtes Menschenbild in Europa" Jahrhundert des Flüchtlings?	43
5 - 6a	"Interessieren sich Frauen für Politik?" Systematische Untersuchungen bei der SPD Von Hedy Schmitt-Maass Referentin für Frauenfragen beim Parteivorstand der SPD	103
7	Einem Verniedlicher ins Stammbuch Von Prof. Dr. Walther Gerisch, München	49

* * *

Der Stand der Haushaltsberatungen 1959

Von H.G. Ritzel, MdB,
Mitglied des Haushaltsausschusses

Im Haushaltsausschuß des Bundestages geht die Etatberatung unter Einsatz aller Kräfte der dem Haushaltsausschuß angehörenden Abgeordneten voran. Bis jetzt hat der Ausschuß die Einzelpläne betreffend den Haushalt des Bundespräsidenten, des Bundesrates, den größten Teil des Haushalts des Bundeskanzlers und Bundeskanzleramtes, den gesamten Haushalt des Auswärtigen Amtes, einen Teil des Haushalts des Bundeswirtschaftsministeriums, sowie die Etats des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen, des Bundesverfassungsgerichts, des Bundesministers für wirtschaftlichen Besitz des Bundes, des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, des Bundesministers für Angelegenheiten des Bundesrates, des Bundesministers für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft, den Haushalt der Bundesschuldenverwaltung und den Versorgungshaushalt, behandelt.

Entgegen anderslautenden Berichten in einem Teil der Tagespresse kann festgestellt werden, daß der Haushaltsausschuß, der jede Stunde, die irgendwie verfügbar gemacht werden kann, in den Dienst seiner Beratungen stellt.

In Bezug auf die Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, besonders im Personalhaushalt, ist sich der Haushaltsausschuß weitgehend einig. Er fußt dabei - nicht selten in hartem Konflikt mit einzelnen Ministerien - auf dem vorjährigen Beschluß des Bundestages, der das Gesetz der Sparsamkeit zum Leitmotiv, besonders in Fragen der Bewilligung neuer Stellen und Stellenhebungen, macht. Natürlich ist es nicht möglich, "Politik mit der Holaxt" zu machen; man muß von Fall zu Fall abwägen. Daß hierbei nicht immer Übereinstimmung zwischen Koalition und Opposition besteht, ist nur verständlich.

Die nächsten Beratungen des Haushaltsausschusses gelten dem Etat des Presse- und Informationsamtes, der Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums, dem Haushalt des Bundestages, des Bundesrechnungshofes, des Bundesministers für Wohnungsbau, des Haushalts Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte und dem Haushalt der zivilen Notstandsplanung.

3. Februar 1959

Danach werden folgen die großen Haushalte des Bundesministers des Innern, des Bundesministers der Finanzen, des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, des Bundesministers für Verkehr, der vom Verteidigungsausschuß in Vorberatung genommene Riesenhaushalt des Bundesministers für Verteidigung, der Haushalt, der die sozialen Kriegsfolgeleistungen regelt und der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung sowie als Abschluß das Haushaltsgesetz.

Es stehen noch viele Wochen anstrengender Arbeit vor dem Haushaltsausschuß, der sich entschlossen hat, auch ⁱⁿ der sitzungsfreien Woche vom 9. bis 13. März zu tagen, um seinerseits alles zu tun, was dem Ziel einer möglichst beschleunigten Verabschiedung des Haushalts in zweiter und dritter Lesung durch den Bundestag dient. Das kann und darf jedoch nicht bedeuten, daß auf die erforderliche Gründlichkeit bei der Durchleuchtung der einzelnen Ansätze verzichtet werden soll, aus denen der 39,1 Milliarden DM umfassende Entwurf des Bundeshaushalts 1959 besteht.

+ + +

Lügenmaschine der SED

sp - Von Zeit zu Zeit lassen die gelehrigen Goebbels-Schüler von Pankow verkünden, es haben im Bereich der DDR Arbeiterkonferenzen stattgefunden, an denen größtenteils Gewerkschaftler und Sozialdemokraten aus der Bundesrepublik teilgenommen hätten. Der Sinn solcher Zweckmeldungen ist klar: sie sollen Gewerkschaften und SPD in der westdeutschen Bevölkerung diffamieren und den Eindruck erwecken, als wäre es der SED gelungen, die stärksten Pfeiler der neuen deutschen Demokratie innerlich auszunücheln. Diese Herren aus Pankow besorgen mit solchen Lügenmeldungen die Geschäfte gewisser Kreise in der CDU, wo man auch nicht müde wird, den stärksten innenpolitischen Gegner mit Schmutzkübeln zu bewerfen. Diesmal weiß die sowjetische Nachrichtenagentur gleich von einem Dutzend "gesamtdeutscher Arbeiterkonferenzen" zu berichten, die mit Vertretern der Parteien und Massenorganisationen der DDR angeblich zusammenkamen, um "durch die vereinte Kraft der Arbeiterklasse die Durchsetzung des sowjetischen Vorschlages eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erzwingen." Die dutzendifache Wiederholung stempelt eine Lüge nicht zur Wahrheit, das sollten sich auch die Leute um Herrn Ulbricht merken. Natürlich hat kein Sozialdemokrat an solchen "Arbeiterkonferenzen" teilgenommen. Sie sind und bleiben ein Produkt der Pankower Lügenfabrik.

+ + +

Adenauers Gefangene und die Konspiration der Intransigenz

E. A. London

Bald nachdem Außenminister Dulles angedeutet hatte, daß freie Wahlen nicht der einzig mögliche Weg zur deutschen Wiedervereinigung seien, hatte Chruschtschow seinerseits zugegeben, daß sie eventuell ein möglicher Weg seien. Beide aber hatten ihre Erklärungen in wichtiger Weise qualifiziert. Chruschtschow, daß derartige Wahlen nur mit Zustimmung der ostdeutschen Regierung stattfinden dürften, Dulles, daß jedes andere System als freie Wahlen die Zustimmung der Bundesregierung in Bonn finden müßten.

Aus halboffiziellen amerikanischen Quellen wurde mitgeteilt, daß Dulles komme, um "die Konspiration der Intransigenz in Bonn und Paris" zu beseitigen. Merkwürdigerweise sind die Differenzen in der Einstellung heute geringer zwischen Washington und London als zwischen den englisch-amerikanischen Regierungen und der Achse Paris-Bonn.

Gewiß, die britische Regierung, geschubst von der öffentlichen Meinung, geht weiter als Herr Dulles in den Bestreben, eine größere Elastizität für die Verhandlungen mit den Russen zu entwickeln. Aber John Foster Dulles und das State Department sind der Ansicht, daß man sich mehr Freiheit zum Manövrieren nehmen müsse, um der sowjetischen diplomatischen Initiative gewachsen zu sein. Demgegenüber vertreten de Gaulle und Adenauer die Position, daß der Westen fest und starr die alten Stellungen halten müsse. Der Unterschied zwischen London und Washington erscheint nur graduell zu sein, während die französisch-deutsche Einstellung prinzipiell der englischen zuwiderläuft.

Wenn man sich diese Ausgangspositionen völlig klar vor Augen hält, so ist es nicht schwer vorauszusagen, wie die Gespräche von John Foster Dulles in den europäischen Hauptstädten verlaufen werden. In London werden die Unterhaltungen vornehmlich informativ sein, wobei der amerikanische Außenminister sich persönlich davon überzeugen will, wie weit Whitehall im Suchen nach Lösungsmöglichkeiten durch Disengagement und atomare Abrüstung in der Bundesrepublik zu gehen bereit wäre.

Genaueres über die offiziellen britischen Studien ist ja nicht bekannt. Man hatte verschiedentlich Gedanken in die Debatte geworfen, hatte eine Diskussion darüber einzuleiten versucht, welche Konzessionen möglich und welche untragbar seien, um ein sowjetisches Entgegenkommen in der Berlin- und Deutschlandfrage einzukandeln. Trotz aller Zurückhaltung der amtlichen Stellen ließ sich erkennen, daß der Gedanke erwogen wurde, wenn nötig Zugeständnisse in dem Placieren von Kernwaffen auf westdeutschem Boden zu diskutieren. Jede Andeutung in dieser Richtung aber war in Paris und Bonn als englisches Schwachwerden aufgefaßt worden und wurde infolgedessen in den regierungstreuen Zeitungen in einer Weise angegriffen, die Whitehall veranlaßte, sich wie eine Schnecke in das eigene Gehäuse zurückzuziehen. Man wollte sich nicht weiter den Mund verbrennen und verlegte sich auf die lakonische Bemerkung, man müsse nun abwarten, was Bonn vorschlagen werde. Auch Herrn Dulles gegenüber dürfte man in Whitehall nicht sehr präzise werden, wenn es sich um die Formulierung der britischen Ideen handelt. In Paris und Bonn muß er nach englischer Ansicht den Hebel ansetzen, wenn überhaupt so etwas wie eine einheitliche westliche Haltung zu Deutschlandverhandlungen herauskommen soll.

"Zerstörtes Menschenbild in Europa"

sp - Welche Bezeichnung wird man einst für das 20. Jahrhundert, in dem wir leben, finden? Das 17. war das Jahrhundert der großen Religionskriege. Das 18. gilt als das Jahrhundert der Aufklärung. Es führte in seinem letzten Jahrzehnt zur großen französischen Revolution und in deren Gefolge zum Sturz der absolutistischen Gewalten. Das 19. Jahrhundert brachte einen großartigen Aufschwung der Naturwissenschaften, der alle vergangenen Jahrhunderte an Glanz überstrahlte, es war das Jahrhundert der Wissenschaftler und der technischen Pioniere, die schufen die Grundlagen für die moderne Industriegesellschaft.

Und das 20. Jahrhundert? Zu seinem Beginn glaubten hervorragende Geister, es werde in die Geschichte als das Jahrhundert des Kindes eingehen. Wie schnell ist diese Illusion vor dem Ausbruch sackerlicher Gewalten, die seit dem ersten Weltkrieg über die Menschheit losgelassen wurden, zerstoben. Wir leben in einem Jahrhundert der Katastrophen, der ständigen Bedrohung. In Gestalt des Flüchtlings hat es seinen Ausdruck gefunden. Der Flüchtling gehört zu den universellen Erscheinungen unserer Zeit. Er ist in allen Kontinenten zu finden.

Die erste große Flüchtlingswelle, die sich über Westeuropa ergoß, waren einige Millionen Geschlagene des russischen Bürgerkrieges. Viele Hunderttausende anatolische Griechen suchten nach dem verlorenen Krieg mit der Türkei Zuflucht in Griechenland; sie bilden auch heute noch einen Hauptherd sozialer Unrast. Das Dritte Reich zwang schon vor dem Kriege über eine halbe Million Verfolgte zum Verlassen der Heimat. Im sogenannten Umsiedlungsabkommen mit Italien (Südtiroler) und der Sowjetunion (Baltendeutsche) nötigte es ungezählte Familien zur Aufgabe ihrer seit Jahrhunderten bewohnten Heimat.

Während des Krieges selbst wurden vom Dritten Reich neun bis zehn Millionen Fremdarbeiter aus fast allen Ländern Europas für die Kriegsmaschine Hitlers eingespannt; viele von ihnen erlebten nicht mehr das Ende des Krieges. Nach dem Zusammenbruch der militärischen Fronten und nach dem Waffenstillstand ergoß sich eine neue Flüchtlingswelle, alle anderen an Größe und Furchtbarkeit übertreffend, in das zerschlagene Restdeutschland. Aus Mitteleuropa allein kamen in der Folgezeit in die Bundesrepublik etwa zwei Millionen, vertrieben durch Terror und geistige und körperliche Not. Diese schaurige Kette des Flüchtlingsstromes fand neue Glieder in Palästina, wo 500 000 Araber ihre Heimat verlassen mußten, und in Indien, wo etwa 17 Millionen Flüchteten, um einem fanatischen Massenmord zu entgehen.

Wer will noch diesem düsteren Bild noch bestreiten, daß wir im Jahrhundert des Flüchtlings leben?

+ + +

Die Zahlen sind einem Vortrag entnommen, den dieser Tage der Lagerpfarrer von Friedland, Dr. Josef Krahe, über "Das zerstörte Menschenbild in Europa" in Bonn gehalten hat.

"Interessieren sich Frauen für Politik?"

Von Hety Schmitt-Maass

Referentin für Frauenfragen beim Parteivorstand der SPD

Der Fachausschuss für Frauenfragen beim Parteivorstand der SPD, der vor kurzem zum zweiten Mal nach dem Stuttgarter Parteitag unter Vorsitz des Präsidiumsmitgliedes Martha Schanzentackh, MdB. in Bonn zusammengetreten war, untersucht zur Zeit die Frage, unter welchen Voraussetzungen sich Frauen für Politik interessieren. Mit bemerkenswerter Gründlichkeit und sachlicher Kritik werden die Grundlagen der seitherigen und mehr noch der zukünftigen politischen Frauenarbeit erforscht. Hierbei wird allgemein festgestellt, dass Hausfrauen und Landfrauen an politischen Fragen in engerem Sinne verhältnismässig wenig interessiert zu sein scheinen und dass Angestellte und Arbeiterinnen neben der Erfüllung ihrer Berufspflichten kaum noch Zeit und Kraft für politisches Interesse oder gar für politische Betätigung finden. Akademikerinnen und Frauen gehobener Berufe nehmen zwar sehr häufig lebhaft am politischen Geschehen teil und verfolgen die aktuellen Tagesprobleme, sind jedoch nur zögernd bereit, den Schritt zur persönlichen Mitarbeit in der Partei zu wagen.

"Ein weiter Weg"

Zahlreiche Untersuchungen zeigen, dass für die meisten Frauen der Weg von der Verwirklichung des Frauenwahlrechts zur bewussten und verantwortlichen Ausübung der Wahlpflicht mühevoll ist. Aus diesem Grunde sind die Mitglieder des Fachausschusses für Frauenfragen beim Parteivorstand der SPD der Meinung, dass man den Frauen helfen muss, die allgemein-politischen Probleme als Lebensfragen zu verstehen und zu deuten. Die Anforderungen des modernen Arbeitslebens, die Bewältigung der eigenen Lebenssituation, das ist für die meisten Frauen ihr "politisches Problem". Sie haben oft das Gefühl, dass sie ohnmächtig den politischen Mächten gegenüberstehen; sie fühlen sich ihnen ausgeliefert und können nur allmählich begreifen, welche Rolle sie mit ihrem Stimmzettel spielen können; um selbst an der Umgestaltung politischer Machtverhältnisse mitzuwirken.

"Politik? - Davon verstehe ich nichts"

Wenn man untersucht, was die Frauen im allgemeinen interessiert, dann hört man zunächst: "Politik bestimmt nicht - davon verstehe ich nichts - und das könnte allein ja auch gar nichts ändern..." Sobald man aber mit ihnen

In persönlichen Gesprächen kommt, hört man ihre Wünsche - ihre Probleme - und stellt fest: Sie interessieren sich sehr dafür, daß ihre Kinder besser versorgt werden - womöglich einmal in Erholung verschickt werden möchten; sie sind enttäuscht über die ständig steigenden Preise, die drohende Steigerung der Mieten, die nicht aufhörenden Wohnungsnot; sie sind in Sorge um Nahrungs- und Arzneifragen, um die bevorstehende Krankenkassenreform; und mehr als alles andere bekümmern sie die mangelhaften Schulverhältnisse! Besonders aus bayrischen Landkreisen waren erschreckende Berichte zu hören über Zwergschulen, die ohne eigenen Lehrer seien, so daß sie oft von Lehrkräften der Nachbargemeinden aus Hilfsweise und völlig unzureichend betreut werden müssen. Auch das Fehlen eines geeigneten Staatsbürgerkunde- (Sozialkunde) Unterrichts an den meisten Schulen der Bundesrepublik wurde als geradezu verhängnisvoll für die geistige Entwicklung junger Menschen bezeichnet. Um den Kindern zu helfen und die Mütter besser zu entlasten, dürfte die Forderung nach mehr Tagesheimschulen (wie sie in anderen Ländern, z.B. England seit langem eingeführt sind) auf die Dauer nicht mehr in den Hintergrund geschoben werden. Das Elternhaus kann in der modernen, technisierten Gesellschaft nicht mehr als die Erziehungsaufgaben erfüllen, auf die junge Menschen einen Anspruch haben, wenn sie künftig der Arbeitswelt, wie auch dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenspiel der Kräfte unserer Welt gewachsen sein sollen.

Warum sind Frauen berufstätig?

Auf der anderen Seite erhebt sich für sozialdemokratische Politikerinnen immer wieder die Frage, wie die Forderung der SPD "Keine Frau vorschulpflichtiger Kinder dürfte durch materielle Not gezwungen sein, einem Beruf nachzugehen" in der Wirklichkeit durchgeführt werden kann. 58 % der berufstätigen Hausfrauen arbeiten, um den Lebensunterhalt ihrer Familien zu bestreiten; 22 % arbeiten zur Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse, und 14 % arbeiten "für ein Eigenheim oder für Luxus". Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß man das Problem der berufstätigen Mütter nicht mit der Behauptung abtun könne, "sie arbeiten ja meistens nur, um ein Auto oder ein Fernsehgerät zu verdienen" - es ist leider erwiesen, daß der größte Teil der berufstätigen Mütter arbeiten m u s s, und alle politischen Schlussfolgerungen haben sich darauf zu gründen. Hier wurde z.B. vorgeschlagen, dass man den Frauen, die den Wunsch haben, ihre Berufstätigkeit wenigstens vor-

übergehend aufzugeben, bis ihre Kinder herangewachsen sind, ihre Arbeitsplätze offenhalten solle.

Bessere Bildung und Ausbildung!

Als eine im weiteren Sinne "politische Aufgabe" wurde nachdrücklich bestätigt, daß die Frauen besser für ihre Aufgaben als Hausfrauen und Mütter vorbereitet werden müßten; vor allem die soziologischen Untersuchungen (Prof. Wurzbacher u.a.) über junge Arbeiterinnen, die mit 14 und 15 Jahren in die Fabrik geschickt werden, sollten in ihren Ergebnissen alarmierend wirken: Wenn diese Mädchen heiraten und eigene Kinder erziehen sollen, kann man sich unschwer ausmalen, was von ihnen zu erwarten sein wird - ganz besonders, wenn man erfährt, daß bei einer Erhebung in Nordrhein-Westfalen festgestellt werden mußte: 88 % der Befragten müssen mehr als 46 Stunden in der Woche arbeiten, und nach Abschluß ihrer viel zu anstrengenden Arbeitszeit sind sie meist einfach zu müde, um sich entweder noch weiterzubilden oder mit irgendwelchen ernsthafter Fragen zu beschäftigen; hier scheinen auch vielfach die Ursachen dafür zu liegen, daß die heutige Jugend nur noch Sinn und Lust am "Amüsierbetrieb" findet, sobald die Arbeit hinter ihr liegt.

Die sozialdemokratischen Frauen sind der Meinung, daß der "Plan Z" der SPD auch hier seine sinnvolle Anwendung finden wird: Die Zukunft durch bessere Bildungs- und Ausbildungsverhältnisse der jungen Menschen meistern, das ist eines der Hauptprobleme der heutigen Bundesrepublik!

Zentrale Frauenkonferenz in Berlin

Die SPD wird vom 6. - 8. März eine zentrale Frauenkonferenz in Berlin durchführen unter dem Thema "Das junge Mädchen und die junge Frau in unserer Zeit"; viele der hier berührten Fragen sollen dort angesprochen und diskutiert werden. Man hofft, in der Folge konkrete Lösungsmöglichkeiten vorschlagen zu können, die dann auf dem politischen Wege durchgeführt werden müssen. Die Sitzung des Fachausschusses für Frauenfragen zeigte bereits, daß im Kreise der führenden SPD-Frauen eine einheitliche Linie über die Schwerpunkte künftiger Frauenarbeit herrscht, wie auch über die Vorschläge, die man gemeinschaftlich anstreben wird, um zu erträglichen Lösungen für gerade diejenigen Frauen zu gelangen, die am Rande der "Wirtschafts-Wunder-Politik" die Lasten für den sichtbaren äußeren Wohlstand zu tragen haben

Einen Verniedlicher ins Stammbuch

Von Prof. Dr. Walther Gerlach, München

Ohne ihn beim Namen zu nennen, setzt sich Prof. Dr. Walther Gerlach, München, einer der Unterzeichner des Göttinger Manifestes, mit Verharmlosungen auseinander, die Professor und Bundestagsabgeordneter der CDU, Pascual Jordan, Hamburg, zur Frage der radioaktiven Gefahren nach Atombombenexplosionen für angezeigt hält. Gerlach schreibt in Band 52 von Rowohlt's deutscher Enzyklopädie "Atomkraft und menschliche Freiheit" unter anderem:

"Bei den Versuchsexplosionen von Atombomben kommen die Gefahren durch die radioaktiven Spaltprodukte genau wie im Ernstfall voll zur Wirkung. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß seit einigen Jahren die Radioaktivität aller Niederschläge, des Luftstaubs, der Erdoberfläche, der Pflanzen, der Organe der Tiere und der Menschen und besonders der Kinder dauernd zunimmt, daß man jetzt überall künstlich radioaktive Stoffe antrifft, die vorher nicht da waren und die aus den Atombombenversuchen der Amerikaner, Briten und Russen stammen. Die Frage, ob etwa in unseren Gegenden schon ein Schaden angerichtet ist, und die richtige Antwort, daß dieses nicht anzunehmen sei, dienen nur dazu, von einer klaren Betrachtung der Tatsachen abzulenken. Gesetzt den Fall, heute habe die radioaktive Verseuchung in Europa noch keinen gefährlichen Grad erreicht, so gilt das sicher nicht in anderen Gegenden der Welt. Wer ehrlich hierüber urteilen will, muß aber hinzufügen, daß die Biologie noch gar nicht weiß, welche radioaktiven Strahlungsmengen unbedenklich, welche bedenklich oder gefährlich sind. Gerade jetzt wurde bekannt, daß man neuartige Knochenachäden durch Aufnahme radioaktiver Substanzen in solchen Fällen gefunden hat, in welchen bisher keine Strahlungsschädigung (bei nachweislich aufgenommenem Radium) diagnostiziert war. Dabei haben Messungen in verschiedenen Ländern ergeben, daß schon heute in Tierknochen Strontiummengen gefunden werden, welche, biologisch beurteilt, den normalen Radiumgehalt der Knochen weit übersteigen.

Es gibt offizielle Verlautbarungen, daß die Gefahrenzone noch nicht erreicht sei, es gibt Meinungen, daß man Gefahren eben in Kauf nehmen müsse (warum eigentlich gerade diese ???), und es gibt die Meinung eines bekannten theoretischen Physikers, daß die Strontiumablagerung in Knochen ruhig weitergehen könne - in dreißig Jahren, wenn sie wirkt, hätte man längst ein Mittel gegen Knochenkrebs - „nur völlige Phantasiosigkeit“ könne das übersehen. Das ist ziemlich das Tollste, was bisher zur Rechtfertigung der Atomkriegsvorbereitung angeführt wurde - aber der erwähnte Wissenschaftler hält ja auch diesen für nicht so schlimm, wenn die Menschen nur "vernünftig" werden und sich darauf einrichten, "ohne Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten einmal fünf Jahre unter der Erde zu bleiben ... in Jahre 3 000 werden Millionen auf dem Mars leben (gibt's da dann keine Atomwaffen?) ... die Erdmenschchen werden (schon in naher Zukunft) einige Jahre des Ausgehverbots gut überstehen, sofern bis dahin die unterirdischen Städte fertig sind, welche die einzig mögliche Stadtform der Zukunft sind". Über die uns drohenden Gefahren durch Mißbrauch der Atomkern-Energie braucht nach diesen Zitat kein weiteres Wort gesagt zu werden."